



PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An den
Vorsitzenden des
Verkehrsausschusses
Herrn Andreas Wolter

An Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 23.04.2015

AN/0695/2015

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Verkehrsausschuss	28.04.2015

Konkrete Projekte für die Investitionsinitiative des Bundes zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Wolter,

wir bitten Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.04.2015 aufzunehmen:

Am 2. März haben sich die Bundesminister für Finanzen, Wirtschaft und Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur, der Chef des Bundeskanzleramtes sowie die Spitzen der Regierungskoalition auf Eckpunkte für eine Investitionsinitiative des Bundes verständigt.

Demnach wird der Bund den Kommunen im Jahr 2017 – über die bereits vorgesehene eine Milliarde Euro hinaus – weitere 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um den Kommunen weitere Spielräume für Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu ermöglichen. Zudem wird der Bund noch in diesem Jahr ein Sondervermögen einrichten, dessen Gesamtetat beläuft sich auf 3,5 Milliarden Euro, die bis zum Jahr 2018 von den Kommunen in Anspruch genommen werden können.

Sofern die Stadt Köln zusätzliche Gelder aus dem Investitionsprogramm bzw. aus dem Sondervermögen erhält, könnten diese für folgende Maßnahmen verwendet werden:

1. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, einen solidarisch finanzierten öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zu etablieren, der das aktuelle System ersetzt. Auf die positiven Effekte (höhere Auslastung der Busse und Bahnen, weniger Bürokratie, Förderung der Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen) wurde nicht nur von der Piratenpartei hingewiesen, son-

dem auch von vielen unabhängigen Experten und Sachverständigen. Der Stadtrat in Osnabrück (1) hat sich im vergangenen Jahr mit einer breiten Mehrheit dafür ausgesprochen, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, in der die Umsetzung eines solidarisch finanzierten ÖPNV überprüft werden soll.

2. Bis jetzt hat die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung bereits zahlreiche Innovationen hervorgebracht, die das berufliche und private Leben der Menschen teilweise sehr stark vereinfacht hat. Es ist absehbar, dass der technische Fortschritt auf diesem Gebiet weitere Bereiche (z. B. den Verkehr) beeinflussen und verändern wird. Hierzu zählen beispielsweise selbstfahrende Kraftfahrzeuge (auch unter dem Namen „autonomes Fahren“ bekannt). Verkehrsminister Alexander Döring hat im Februar dieses Jahres eine Expertenkommission berufen, in der Vertreter aus Forschung, Industrie und Politik sitzen und die Regeln und Standards für computergesteuerte, selbstfahrende Autos entwickeln soll. Einige zu erwartende positive Effekte sind:

- autonome Fahrzeuge eröffnen die Perspektive für eine erweiterte Mobilität und Teilhabe,
- Pendler gewinnen Zeit während der Autofahrt – und das bei erhöhter Sicherheit,
- insgesamt wird für Verkehr und Parken weniger Fläche benötigt,
- Umweltbelastungen und Schadstoffausstöße werden durch geringe Wartezeiten (Ampeln, Staus) vermindert.

3. Im Strategiepapier „Köln mobil 2025“ werden die Ziele und Anforderungen einer innovativen und zukunftsgerichteten Verkehrsplanung formuliert. Ein zentrales Anliegen in dem Papier ist die Reduktion des Ausstoßes von klimaschädlichen Treibhausgasen, dem sich die Stadt Köln durch die Anerkennung der Klimaschutzziele der EU-Kommission (Reduktion um 20% bis 2020 im Vergleich zu 1990) verpflichtet hat. Dies soll erreicht werden u.a

- durch eine weitere Reduzierung des Verkehrsaufkommens
- durch die Förderung des Radverkehrs
- durch mehr Tempo-30-Zonen.

4. Bereits vorhandene Projekte in Köln können mit den Bundesmitteln weiter konsequent ausgebaut und gefördert werden. Besonders hervorzuheben sind hier die autofreien Sonntage in Ehrenfeld und Sülz (3) oder Smart City (4).

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Können Finanzmittel aus der Investitionsinitiative oder dem Sondervermögen beantragt werden, um eine Machbarkeitsstudie (1) für einen fahrscheinlosen (solidarisch finanzierten) ÖPNV zu finanzieren und falls nein, warum nicht?
2. Können Finanzmittel aus der Investitionsinitiative oder dem Sondervermögen beantragt werden, um Pilotprojekte oder Studien zum „autonomen Fahren“ zu finanzieren, und inwieweit ist dabei auch eine Zusammenarbeit mit vor Ort ansässigen Unternehmen denkbar? (2)
1. Inwieweit können die Finanzmittel dazu verwendet werden, vorbildliche Projekte, z. B. die autofreien Tage in Sülz und Ehrenfeld (3), auch in weiteren Stadtteilen umzusetzen und darüber hinaus zeitlich auszuweiten?
3. Können Finanzmittel aus der Investitionsinitiative oder dem Sondervermögen beantragt werden, um Projekte zum Ausbau der Tempo-30-Zonen und zur Förderung des Radverkehrs zu finanzieren, bzw. welche Projekte stehen hier konkret an?

4. Nennen sie bitte abschließend in welcher Höhe voraussichtlich Finanzmittel aus der Investitionsinitiative oder dem Sondervermögen beantragt werden, und welche weiteren Projekte zur Reduzierung des motorisierten Verkehrsaufkommens über unsere Vorschläge hinaus bereits angedacht sind.
- 5.

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach

- (1) <http://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/495417/stadt-osnabrueck-pruft-fahrscheinlosen-nahverkehr>
- (2) <http://www.autonomes-fahren.de/ford-strategie-fuer-das-intelligente-fahren/>
- (3) <http://www.tagdesgutenlebens.de/>
- (4) <http://www.smartcity-cologne.de/>